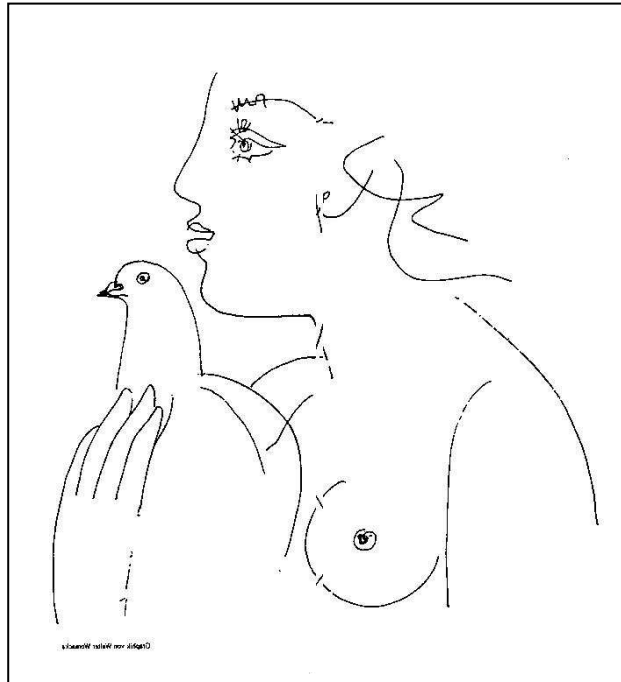


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 61



„Köhler lügt“

(Eine Dokumentation)

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss:

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Das von der BRD-Elite verordnete DDR-Bild verfährt bei so vielen gestandenen Ostdeutschen einfach nicht. Bevorzugte Zielgruppe der Indoktrinäre sind deshalb vor allem junge Menschen. Was Eltern über ihr Leben in der DDR vermitteln, soll eliminiert werden.

Geschichtsrevisionismus und -fälschung haben Konjunktur. Seit Monaten tobt eine regelrechte Propaganda- und Materialschlacht zur Vorbereitung und Durchführung von Jubiläen, die von der Doktrin des Kalten Krieges bestimmt sind.

Ihr Hauptinhalt: Das „Böse“ in der deutschen Geschichte sei die DDR gewesen.

Seit längerem ist der höchste Repräsentant der Bundesrepublik bestrebt, sich als Stichwortgeber zu profilieren.

Originalton Köhler vor Jugendlichen im März 2009:

„Das Unterdrückungssystem der SED-Diktatur kennen Sie, liebe Schülerinnen und Schüler, nur aus Büchern und Erzählungen.“ (1)

Und dann doziert der Bundespräsident:

„Ich kann gut nachfühlen, dass viele Menschen – übrigens nicht nur im Osten – sich heute nach Sicherheit und Ordnung sehnen“. Wer aber glaubt, die DDR habe diese Wünsche erfüllt, täusche sich gewaltig. (ebenda)

Immer wieder warnt er davor, die DDR zu verklären.

Vertreter der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ assistieren bei diesem Nachhilfeunterricht. Entsprechend der Totalitarismus-Doktrin werden Nazistaat und DDR, werden Faschismus und Sozialismus „parallelisiert“.

Die Bundeskanzlerin brachte es auf einer „Gedenkveranstaltung“ im ehemaligen DDR-Staatsratsgebäude auf folgende Formel:

¹ Neues Deutschland, 12. März 2009

Die DDR habe auf „einem alles durchdringenden Leben in Lüge“ gefußt. „Wahrheit bedeutet aber auch, Verklärungen entgegenzuwirken.“ (2)

Ein weiterer „Wahrheitsapostel“, der frühere FDP-Bundesvorsitzende und heutige Vorstandschef der parteinahen Friedrich-Naumann-Stiftung, Gerhardt, wurde in einem Interview mit dem Fakt konfrontiert, dass in einer Umfrage in Ostdeutschland nur 53 Prozent der Befragten mit der gegenwärtigen Demokratie zufrieden sind. Auf die Frage, ob er diese Menschen für dumm halte, die das sozialistische System selbst erlebt haben und es sich wieder wünschen, antwortet Gerhardt:

„Menschen suchen leider oft falsche soziale Sicherheit und haben Schwierigkeiten mit manchmal unangenehmer Freiheit... Wir müssen diesen Trend umkehren.“ (3)

Fragt sich nur wie?

Die stellvertretende CSU-Generalsekretärin Dorothee Bär spricht sich dafür aus, kurzen Prozess mit den Vertretern DDR-freundlicher Auffassungen zu machen:

„Diejenigen, die das Unrecht von SED und Stasi leugnen, dürfen in Zukunft nicht mehr ungeschoren davon kommen.“ (4)

Millionen und aber Millionen Euro sind von der erwähnten „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ für die Manipulierung des gesellschaftlichen Bewusstseins verausgabt worden. Seit fast zwei Jahren existiert die DDR als Staat nicht mehr. Doch sie ist mehr im Gespräch denn je. Die Idee des Sozialismus lebt. Die Systemkrise des Kapitalismus, deren Folgen den Menschen schrittweise aufgehalst werden sollen, veranlasst DDR-Bürger immer wieder zum Systemvergleich.

² Frankfurter Allgemeine, FAZNET, 8. Mai 2009

³ Junge Welt, 2. April 2009

⁴ ddp, 27. April 2009

Bei einer Emnid-Umfrage im Juni 2009 stimmten 49 Prozent der befragten Ostdeutschen folgender Einschätzung zu:

„Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten. Es gab ein paar Probleme, aber man konnte dort gut leben.“ (5)

Dem „Sozialreport 2008“ zufolge sahen sich bei einer repräsentativen Umfrage lediglich 22 Prozent der Ostdeutschen als „richtige Bundesbürger“. (6)

Köhler legt falsch Zeugnis ab

Dem obersten Repräsentanten der BRD lassen derartige Umfrageergebnisse keine Ruhe. Den bisher produzierten großen Lügen über die DDR fügte er nun eine ungeheuerliche weitere hinzu.

Der Chefredakteur der „Jungen Welt“, Arnold Schölzel berichtete unter der Überschrift „Köhler lügt“:

„Zu Blut hat der Bundeswehr-Reserveoffizier Horst Köhler aus unbekanntem Gründen eine besondere Beziehung. Am Freitag hielt der Bundespräsident in Leipzig beim Festakt „20 Jahre Friedliche Revolution“ eine Rede, in der u.a. über die Situation während der Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 in der sächsischen Metropole behauptete: ‚Vor der Stadt standen Panzer, die Bezirkspolizei hatte Anweisung, auf Befehl ohne Rücksicht zu schießen. Die Herzchirurgen der Karl-Marx-Universität wurden in der Behandlung von Schusswunden unterwiesen, und in der Leipziger Stadthalle wurden Blutplasma und Leichensäcke bereitgelegt.‘

Am Wochenende bekam sogar der bundesdeutsche Qualitätsjournalismus mit, dass da Jemand dick aufgetragen hatte. Nach Recherchen des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) hieß es am Sonnabend in verschiedenen Medien, diese Darstellung sei

⁵ Berliner Zeitung, 26. Juni 2009

⁶ Berliner Zeitung, 21. Januar 2009

nicht korrekt. Der Bundespräsident habe seine Angaben wahrscheinlich aus einem bekannten Buch, das teils falsche Fakten enthalte. Gemeint ist offenbar der Band „Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/1990“ des Historikers Michael Richter, eines Mitarbeiters des Hannah-Arend-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden, das in diesem Jahr im Göttinger Verlag Vandenhoeck & Ruprecht erschien. Der Tagesspiegel am Sonntag berichtete, dass Richter sich am Sonnabend als ‚Quelle der präsidentialen Irrtümer outete‘. Er habe sich in seiner Studie auf einige ‚ungenauere Zeitzeugenaussagen verlassen.‘ Das habe Köhler möglicherweise aufgegriffen...” (7)

Der ehemalige **Staatsratsvorsitzende der DDR** und SED-Generalsekretär Egon Krenz wies Köhlers Darstellung umgehend zurück:

„Ich bin tief betroffen, dass der Bundespräsident in seiner Rede zum 9. Oktober aus Gerüchten, die 1989 kursierten, nachträglich Tatsachen macht. Die DDR-Führung hat weder Panzer vor die Stadt Leipzig beordert noch hat sie Befehle zum Schießen gegeben. Das kann ich auf meinen Eid nehmen. Wer anderes sagt, legt falsch Zeugnis ab.“ (8)

Der damalige Direktor der Klinik für Herz- und Gefäßchirurgie der Leipziger Karl-Marx-Universität, Professor Karl-Friedrich Lindenau sagte, ihm sei nicht bekannt, dass Leipziger Herzchirurgen in der Behandlung von Schussverletzungen unterwiesen worden seien. (9)

In einer Stellungnahme der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH) heißt es u.a.:

„Seit Jahr und Tag werden im Zusammenhang mit der DDR geschichtliche Tatsachen vermischt, aus dem Zusammenhang gerissen oder Lügen erfunden. Obwohl sich Zeitzeugen immer wieder dagegen wenden und derartige

⁷ Junge Welt, 12. Oktober 2009

⁸ ebenda

⁹ Junge Welt, 13. Oktober 2009

Geschichtslügen als solche entlarven, werden sie seitens der politisch Herrschenden und gleichgeschalteten Medien, von antikommunistischen Historikern und in ‚Gedenkstätten‘ stereotyp wiederholt, um zu kriminalisieren, zu verunglimpfen, zu diskriminieren, zu denunzieren und auszugrenzen... Wir schließen uns den Protesten aus breiten Bevölkerungskreisen an und fordern, dass der Bundespräsident zu seinen falschen Äußerungen Stellung nimmt, sie als solche dementiert und sich entschuldigt!“ (10)

Erfolgte eine Entschuldigung? Mitnichten.

Auf der Internetseite des Bundespräsidenten wurde lediglich „eingeräumt, dass man sich auf das Buch eines Historikers verlassen habe, der für die von Köhler übernommenen Angaben keine ausreichenden Belege habe. Der Autor, Michael Richter, hatte eingeräumt, er habe für seine Studie auch widersprüchliche und zum Teil ungenaue Zeitzeugen-Aussagen übernommen.“ (11)

Am Freitag, dem 12. Oktober, äußerte Köhlers Sprecher Martin Kothe’:

„Sollte sich herausstellen, dass uns ein Fehler unterlaufen ist, so werden wir das sehr bedauern.“ Er betonte ‚Selbstverständlich werden wir die Angaben nochmals überprüfen.‘ Am Samstag wollte der Sprecher darüber hinaus keine offizielle Stellungnahme abgeben. Die Leipziger Rede mit der umstrittenen Passage war nach wie vor im Internetauftritt des Bundespräsidenten zu lesen.“ (12)

Das war’s dann auch schon aus dem Schloss Bellevue zu diesem Thema! Oder doch nicht?

¹⁰ Junge Welt, 17./18. Oktober 2009

¹¹ Berliner Zeitung, 19. Oktober 2009

¹² evangelische.de, 10. Oktober 2009

Der Hamburger Rechtsanwalt Arnim Fiand wandte sich am 14. Oktober an den Bundespräsidenten. Dokumentarisch belegt er, wie Egon Krenz in den Herbsttagen des Jahres 1989 alles tat, um ein Blutvergießen zu verhindern. Fiand macht dann auf ein brisantes Problem aufmerksam:

„Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, tun in Ihrer Rede so, als würden die Sicherheitskräfte unseres Staates mit 70 000 Menschen, die, weil sie mit ihrem Staat unzufrieden sind, auf die Straße gehen und ‚Wir sind das Volk‘ rufen, ganz anders umgehen. Das ist sicherlich richtig, aber nicht so, wie Sie das offensichtlich verstanden haben möchten. Sie haben den sogenannten Lissabon-Vertrag unterzeichnet. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass sie den Vertragstext sorgfältig gelesen und geprüft haben. Dann wird Ihnen nicht entgangen sein, dass nach dem Vertrag bei Aufstand und Aufruhr ohne Gesetz und ohne richterlichen Beschluss getötet werden darf. Der emeritierte Professor für öffentliches Recht, Albrecht Schachtschneider, hat hierauf in seiner beim Bundesverfassungsgericht gegen das Vertragswerk erhobenen Verfassungsbeschwerde aufmerksam gemacht. Nach seiner Meinung könnten die Montags-Demonstrationen in Leipzig als Aufruhr definiert werden, wie praktisch jede nicht genehmigte Demonstration, so die Krawalle in Griechenland oder die Demonstrationen in Köln und Hamburg. ‚Man braucht nur ein paar ‚Autonome‘, die Steine schmeißen.‘ Das ist dann eigentlich auch schon die Antwort auf die Frage, wie sich die Staaten, die der EU angehören, also auch die Bundesrepublik Deutschland, wahrscheinlich verhalten würden, wenn ihr System in Frage gestellt würde.“

Bisher hat Köhler auf diese Feststellungen nicht reagiert.

Gewissenskonflikt zwischen Eltern und Kindern schüren

Es war schon vermerkt worden, dass der Bundespräsident aus unbekanntem Gründen eine besondere Beziehung zu Blut hat. In dem nachfolgenden Beispiel wird diese Beziehung wiederum berührt.

Im Januar 2009 wandte sich Hans Modrow, von November 1989 bis März 1990 DDR-Ministerpräsident, in einem Offenen Brief an den Bundespräsidenten. Hans Modrow schrieb:

„Ende vergangenen Jahres erhielt ich den Brief einer Mutter, deren elfjährige Tochter in der Schule die DDR zeichnen sollte. Die Zeichnung des Kindes lag dem Brief bei: Der Vordergrund, mit ‚DDR‘ beschriftet, zeigt eine liegende Person mit kreisrund aufgerissenem Mund, aus deren Körper Blut fließt, flankiert von zwei Soldaten. Der Hintergrund ist durch einen dichten Zaun abgetrennt, hinter dem ein Hausdach mit rauchendem Schornstein zu sehen ist, das die Aufschrift ‚Freiheit‘ trägt.

Die Mutter, Frau Uta F., teilt über sich selbst mit, dass sie in der DDR aufgewachsen, in den 80er Jahren aber ausgereist sei. Und sie schreibt: ‚Sie waren einer der zentralen Beteiligten an der Wende. Deshalb wende ich mich an Sie. Soll tatsächlich ein solches Bild der Vergangenheit gezeichnet werden? Es erstaunt mich doch, in welchem Licht ganz junge Menschen heute die DDR sehen, die nichts damit zu tun gehabt haben. Sehen Sie das genau so?‘ (13)

Weiter heißt es in dem Offenen Brief:

„Die Bedeutung Ihres hohen Amtes liegt nicht zuletzt in der stilgebenden Ausübung Ihrer repräsentativen Funktion als Präsident des ganzen Volkes. Zum Umgang mit der Frage, die mir Frau Uta F. in ihrem Brief stellt, haben Sie sich für einen Stil entschieden, der nicht nur für die Fragestellerin enttäuschend sein dürfte.

¹³ Junge Welt, 21. Januar 2009

Nach Veröffentlichung einer Studie der Freien Universität Berlin mit Bewertung über das Wissen von Schülerinnen und Schülern über die DDR hielten Sie es für angebracht, in einem Gespräch mit ausgewählten Schülerinnen und Schülern davor zu warnen, die DDR zu ‚verklären‘ und die soziale Sicherheit zu loben. Die ‚scheinbare Vollbeschäftigung‘ sei mit enormen Auslandsschulden, verdeckter Arbeitslosigkeit, Raubbau an der Natur und einer Absenkung des Lebensstandards erkauft worden...

Die gescholtene ‚Verklärung‘ sozialer Sicherheit in der DDR hat aber zweifelsfrei mit heutiger Erfahrung sozialer Verunsicherung und Deklassierung zu tun, die wiederum auch Ursachen im Verfahren beim Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland hat. Sie trugen als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium für die Tätigkeit der Treuhandanstalt eine Mitverantwortung für das vorgegebene Tempo der Privatisierungen, bei dem die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland keine Rolle spielen konnte. Ich war Mitglied des Deutschen Bundestages, als Sie im Treuhanduntersuchungsausschuss zur Abwicklung des Volkseigentums durch die Treuhandanstalt aussagten: ‚Bei Abwicklung musste das gemacht werden, was zu machen war. Es ging ja auch um Auffangmaßnahmen. Wir haben die Treuhandanstalt ja in diese ABM-Maßnahmen usw. reingebracht. Das war notwendig. Ich habe jetzt nicht im Einzelnen die Effizienzkontrolle im Kopf, wo wir die Abwicklungsausgaben sozusagen im einzelnen irgendwo nachvollzogen haben, aber wir haben die Kontrolle, Aufsicht über die einzelnen Fälle versucht, dafür zu sorgen, dass das alles rechtmäßig zugeht und dass das auch im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten liegt.‘

Im Resultat ist das Volkseigentum der DDR zu 85 Prozent in den Besitz bundesdeutscher Unternehmen, zu zehn Prozent in die Hände ausländischer Unternehmen und nur

zu fünf Prozent zum Eigentum Ostdeutscher geworden.“
(ebenda)

Und schließlich erklärt Hans Modrow in dem Offenen Brief:

„Ich komme auf den Anlass meines offenen Briefes zurück.

Herr Präsident, vielleicht prüfen Sie noch vor der Wahl im Mai 2009 (Bundespräsidenten-Wahl d. V.), ob es die Aufgabe der deutschen Schule sein kann, einen Gewissenskonflikt zwischen Eltern und Kindern auszulösen und ob die Schule Wissen vermitteln soll, das sich auch 20 Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten an Bildern des Kalten Krieges orientiert, die nicht zur Achtung und Versöhnung beitragen...

Die Parteien und ihre Repräsentanten werden sich in den Wahlkämpfen und zu den verschiedenen Jahrestagen verhalten. Nach meinem Verständnis liegt es in der Verantwortung des Bundespräsidenten, mit dem Stil der Ausübung seines hohen Amtes einem politischen Gebrauch dieser Anlässe entgegenzutreten, der die Würde von Menschen im östlichen Teil des Landes verletzt und ihnen die Achtung verweigert...“ (ebenda)

Köhler wurde in das hohe Amt wiedergewählt. Auf Modrows Appell an seine Vernunft reagierte er nicht. Aber er lädt weiterhin Schülerinnen und Schüler in sein Schloss ein, um sie auf den „Unrechtsstaat DDR“ einzustimmen. Die Schulen ihrerseits sind von der CDU, der Partei Köhlers, aufgerufen, ein entsprechendes Geschichtsbild zu vermitteln. So dürften auch künftig blutrünstige Bilder von Kindern über die DDR gezeichnet oder als Sätze und Aufsätze im Schulunterricht formuliert werden. Und so manches Elternhaus empören sowie den Gewissenskonflikt zwischen Eltern und Kindern weiter schüren. Während der Bundespräsident zum Blut auch des Weiteren eine besondere Beziehung pflegt.

Vom „Blut fließen“ lassen

Die hier wiederholt angesprochene präsidiale Eigenschaft ist, wie sich erweist, keineswegs neu. In dem Brief von Hans Modrow war die Verantwortung Köhlers als Staatssekretär im Bundesfinanzministeriums für die Tätigkeit der Treuhandanstalt nach dem Anschluss der DDR erwähnt worden.

Aufschlussreich ist eine Bemerkung Köhlers aus dieser Zeit, über die der Publizist Michael Jürgs 1997 berichtete:

„Danach hatte der damalige Finanzstaatssekretär als treuer Gefolgsmann der Kohlschen Anschlusspolitik vor den Bundestagswahlen im Herbst 1990 Pläne zum massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland geheim gehalten. Damit, wie auch bei der strikten Verheimlichung aller Bonner Pläne zur Einverleibung der DDR und ihrer Folgen, bestätigt sich einmal mehr die Volksweisheit, wonach eine bewusst verschwiegene Wahrheit auch eine Lüge ist.

Erst nach der Wahl, am 21. Januar 1991, verlangte Köhler im Treuhand-Präsidialausschuss im Kölner Hotel ‚Excelsior‘, in der ehemaligen DDR müsse „auch mal gestorben“ werden, womit er die Stilllegung angeblich unrentabler Betriebe der DDR meinte. Blut müsse fließen, natürlich nur im übertragenen Sinne. Und dafür, dass in der ehemaligen DDR nach ihrem Anschluss an die BRD massenhaft „gestorben“ wurde und im übertragenen Sinne Blut floss, sorgte Finanzstaatssekretär Horst Köhler gemeinsam mit dem von ihm als Leiter der Arbeitsgruppe ‚Innerdeutsche Beziehungen‘ an seine Seite geholten Thilo Sarrazin und den Leiter der Abteilung Geld und Kredite Gert Haller.“ (14)

Was das „massenhafte“ Sterben und das „Blut fließen“ lassen in der angeschlossenen DDR anging, so verringerte sich die industrielle Produktion in Ostdeutschland 1991 gegenüber 1989 auf ein Drittel.

¹⁴ Womblog.de/Infoportal Net News, 14. Oktober 2009

Von den 9,2 Millionen Erwerbstätigen Ende 1989 waren Ende 1992 nur noch 6,3 Millionen (ohne Westpendler) übriggeblieben. Drei Millionen vorwiegend junge Leute verließen nach 1989 aus Gründen der Perspektivlosigkeit das von der Treuhand entindustrialisierte Ostdeutschland.

Köhler als Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums übte übrigens die Fach- und Rechtsaufsicht über die Treuhandanstalt aus. In diesem Zusammenhang muss an folgende Tatsache erinnert werden:

„Das Bundesfinanzministerium stellte...alle Treuhandverantwortlichen von eventueller strafrechtlicher Verantwortlichkeit wegen Untreue und anderer Straftaten bei ihrer bedenkenlosen Verfügung über früheres DDR-Vermögen ausdrücklich frei. So wurde Glückssrittern ihr schmutziges Handwerk erleichtert. Horst Köhler half auch, dass westdeutsche Banken bei der Übernahme der DDR-Banken ‚Schnäppchen‘ machen konnten, vor allem durch billigen Erwerb Zinsen tragender ‚Altschulden‘, die in der DDR nur der Verrechnung zwischen Staatshaushalt und Rechtsträgern staatlicher Vermögensteile (Betriebe) dienten.“ (15)

Dr. Edgar Most, ehemaliger Vizepräsident der DDR-Staatsbank, später Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, befand:

„...dass die politische Vereinigung zwar gelungen war, die wirtschaftliche aber in einer Katastrophe endete. Die DDR-Bevölkerung ist nach allen Regeln der Kunst verschaukelt worden...Der Osten verarmt, vergreist und verdummt.“ (16)

Der Bankfachmann nennt diese Politik, an der Köhler so maßgeblich mitwirkte, Kolonialisierung. Und er fügt hinzu:

¹⁵ BÜSGM, Sonderausgabe 3/09, 21. Mai 2009

¹⁶ Womblog.de/Infoportal Net News, 14. Oktober 2009

„Früher dachte ich noch, das sei alles aus Dummheit geschehen – heute bin ich davon überzeugt, dass es genau so gewollt war. Ich habe in meiner Bankpraxis viele Beispiele erlebt, die das bestätigen.“ (ebenda)

Als ob Hitler **in** die Feder diktiert hätte

„Dass es genau so gewollt war...“, sagt Dr. Most. Gemeint ist die Kolonialisierung der DDR.

Bei der Vorstellung des Buches „Die Liquidatoren – Der Reichskommissar und das wiedergewonnene Vaterland“ von Ralph Hartmann führte Prof. Dr. Wolfgang Richter, Vorsitzender der Gesellschaft zum Schutz der Bürgerrechte und Menschenrechte e.V. u.a. aus:

„Die Grundlagen der Abwicklung und Aneignung der DDR durch die BRD wurden ... durch Dr. Friedrich Ernst (gelegt). Ihm oblag als Reichskommissar von 1939 bis 1941, die Verwaltung des feindlichen Vermögens, d.h. des beweglichen und unbeweglichen Vermögens der von Hitlerdeutschland überfallenen und okkupierten europäischen Staaten. In dieser Eigenschaft wirkte er maßgeblich an der Ausarbeitung der Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten vom 16. Juni 1941 mit, die als Hermann Görings Grüne Mappe bekannt wurden. Und nach 1945 berief Adenauer ihn von 1952 bis 1958 zum Präsidenten des ‚Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen‘. Woran er alles dachte, was im Falle der Wiedervereinigung zu tun wäre, ist schon erstaunlich. Es muss privatisiert und die marktwirtschaftliche Ordnung hergestellt werden. Die Dauer der Transformation und Integration sollte so kurz wie möglich sein. VEB sollten weitgehend zu Privatunternehmen modifiziert werden und nach 1945 neu entstandene Betriebe sollten verkauft werden. Für all das sollte eine ‚Obere Behörde‘

eingerrichtet werden, die man gut auch als ‚Treuhand‘ bezeichnen könnte...“ (17)

Bei der Buchvorstellung sprach Professor Richter von einer „Schocktherapie“:

„Es ist schon erstaunlich, wie gut die faschistischen Methoden der Verwaltung und Aneignung fremden Vermögens in Ostgebieten nicht nur zu den Plänen Adenauers für die Wiedervereinigung, sondern in die neoliberale ‚Schocktherapie‘ passen. Ja, das ist der eigentliche Skandal. Es wäre vielleicht noch nicht das Schlimmste, dass unverbesserliche Nazis nach 1945 solche ihrer Niederlage nachtrauernden und zunächst folgenlosen Phantasien hatten, sondern dass gerade diese neofaschistischen Pläne sich so lesen, als wären sie für den Anschluss der DDR heute geschrieben und sich passgenau in die freiheitlich-demokratische Grundordnung einfügen, so dass sie in und von ihr ohne Abstriche und exzessiv verwirklicht werden können, als ob Hitler sie ihr in die Feder diktiert hätte.“ (ebenda)

Der heutige Bundespräsident war einer der Vollstrecker dieser reaktionären Pläne. Vielleicht ist seine in der Dokumentation verschiedentlich angesprochene besondere Beziehung zu Blut nicht so absonderlich, wenn man die Umstände seiner Herkunft berücksichtigt.

Im BÜSGM-Echo, Sonderausgabe 2. Mai 2009, wird dazu folgendes dargelegt:

„Horst Köhler wurde 1943 in einer Bauernfamilie in Skierbieszo’w (1942 -1944 Heidenstein) im damaligen Generalgouvernement geboren. Sein Geburtsort lag im von der faschistischen deutschen Wehrmacht okkupierten polnischen Gebiet. Die Eltern waren sogenannte ‚Volksdeutsche‘ aus Bessarabien, der heutigen Republik Moldawa.

¹⁷ www.vip.e.v.de

Sie sollten „heim ins Reich“, wobei ihnen der Reichsführer SS Heinrich Himmler das ‚Himmlerland‘ zudedacht hatte, östliche Wehrdörfer, die 1942 als Bollwerk gegen die ‚Flut des Bolschewismus‘ entstanden. Die SS vertrieb gewaltsam die ursprünglich dort lebenden Polen, von denen nicht wenige im KZ oder bei der Zwangsarbeit umkamen. Andere SS-Leute siedelten die vorher heimatlos gemachten Deutschen in ‚ihren neuen Gehöften‘ an.“ (18)

Hierzu wäre noch zu vermerken, dass die Hitlerfaschisten die von Oscar Spengler begründete rassistische „Blut und Boden-Theorie“ übernahmen, um sie in ihre aggressive „Volk ohne Raum-Propaganda“ aufzunehmen. Sie spielte im von Hitlerdeutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg eine wesentliche Rolle. Die zunächst angesteuerte „Neuordnung Europas“ verfolgte nicht zuletzt die „Germanisierung“ eroberter Länder und Gebiete Osteuropas. Das deutsche Bauerntum, von den Nazis als „Blutquelle des deutschen Volkes“ auserkoren, sollte das „Lebensraum-Problem“ dadurch lösen, indem es die durch Vertreibung und Vernichtung der Landbevölkerung eroberten, also herrenlos gewordenen Höfe und Ländereien besetzte und besiedelte.

Köhlers Eltern wurden offenbar in diese „Blut- und Boden-Politik“ eingereiht.

Heute nun wird „Neuordnungspolitik“ etwas ziviler betrieben. Im Zuge des Anschlusses der DDR an die BRD wurden die Bürger des Volkseigentums beraubt. Nicht wenige Familien wurden aus ihren Häusern vertrieben. Millionen verloren ihren Arbeitsplatz. Die meisten von ihnen sind nach wie vor Bürger zweiter Klasse.

Fortgesetzt wird die antikommunistisch geprägte ideologische Dauerkampagne, um den Ostdeutschen, vor allem den Heranwachsenden, das Geschichts-, Traditions- und Werteverständnis der alten BRD einzubläuen.

¹⁸ BÜSGM, Sonderausgabe 3/09. 21. Mai 2009

Auf einem Kolloquium der GBM vermerkte Hans Modrow:

„Der Zeitgeist von heute hat doch das Ziel, den alten Geist des Kalten Krieges zu bewahren – die DDR war böse und die BRD gut. Wenn dieser Glaube nicht mehr hilft, dann können im Osten wie im Westen dieses Landes Menschen über die Notwendigkeit einer neuen Zukunft nachdenken. Die bisher schärfste Krise des Kapitalismus gibt genügend Anlass dafür. Anders gesagt, wenn wir über Sozialismus im 21. Jahrhundert nachdenken, gilt es die Vorzüge der DDR zu benennen, was heute Mut erfordert, aber die Problemfragen nicht ausklammern, denn auch darin liegen Erkenntnisse für die Zukunft, die Beachtung finden sollten.“ (19)

Anhang:

Egon Krenz
Absenderanschrift

Herrn Bundespräsident
Horst Köhler
Bundespräsidialamt
Spreeweg 1
10557 Berlin
Dierhagen, den 13. Oktober 2009

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Ihre Leipziger Rede vom 9. Oktober 2009 ist mir Anlass zu der folgenden Überlegung:

Abraham Lincoln hatte nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg am 4. März 1865 gesagt: „Mit Groll gegen niemanden, mit Nächstenliebe gegen alle, mit Bestimmtheit im Recht ... lasst uns bestrebt sein, die Arbeit, die wir begonnen haben, zu been-

¹⁹ DDR – Hoffnung und Wirklichkeit, GNN Verlag Schkeuditz, S.48

den, die Wunden unseres Landes zu versorgen..." Er wolle alles tun, hatte er erklärt, „was einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen uns selbst und anderen Völkern herbeiführen kann.“

Auch wir in Deutschland haben einen Bürgerkrieg erlebt. Glücklicherweise keinen heißen, aber einen kalten. Mehr als 40 Jahre, immer am Rande eines möglichen Atomkrieges. Obwohl beide deutsche Staaten daran beteiligt waren, richtet sich seit 1990 der Groll einseitig gegen die DDR. Viele ihrer Bürger werden nach wie vor politisch ausgegrenzt, sozial benachteiligt und juristisch ungleich behandelt. So wird nicht zusammengeführt, was nach Willy Brandt zusammengehört.

Nach meiner Übersicht haben im Herbst 1989 knapp eine Million Menschen demonstriert.

Abgesehen davon, dass die Mehrheit von ihnen nicht die Abschaffung der DDR gefordert hatte, geht allein aus der Zahl hervor, dass mehr als 15 Millionen DDR-Bürger nicht demonstriert haben. So differenziert wie damals ist auch heute die Stimmung unter vielen Ostdeutschen, was aktuelle Umfragen belegen.

Wäre es nicht an der Zeit, den 20. Jahrestag der Grenzöffnung durch die DDR am 9. November 1989 zum Anlass zu nehmen, endlich zu einer sachlichen, wahrheitsgetreuen und wissenschaftlich fundierten Darstellung der Geschichte *beider* deutscher Staaten zu kommen?

Die Reaktion vieler Menschen auf Ihre Leipziger Rede zeigt mir, dass die bisherige Art des Umgangs mit der DDR gescheitert ist. **Eine Politik im Geiste von Abraham Lincoln ist möglich.**

Ich setze in diesem Zusammenhang auf Ihre staatsmännische Klugheit.

Hochachtungsvoll
Egon Krenz

(Der Brief wurde der Öffentlichkeit bekannt gemacht anlässlich des 24. Grenztreffens der GRH e.V. zum Thema „Die Öffnung der Staatsgrenze der DDR am 9. November 1989 – ein Ereignis von historischer Tragweite und widersprüchlichem politischen Charakter“ am 24. Oktober 2009 in Petershagen bei Berlin)